

SIPRI
YEARBOOK
2008

**ARMAMENTS,
DISARMAMENT AND
INTERNATIONAL
SECURITY**

Kurzfassung auf Deutsch



SIPRI und das SIPRI Jahrbuch

Das **internationale Stockholmer Friedensforschungsinstitut** (SIPRI) ist eine unabhängige, internationale Einrichtung zur Erforschung der Friedens- und Konfliktproblematik, insbesondere die der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es wurde 1966 in Würdigung von 150 Jahren fortwährendem Frieden in Schweden gegründet.

Der Mitarbeiterstab und der Verwaltungsrat sind international. Die aktuellen Forschungsprogramme des Instituts haben folgende Schwerpunkte:

- Bewaffnete Konflikte und Konfliktmanagement
- Rüstungstransfers
- Euro-atlantische, regionale und globale Sicherheit
- Militärausgaben und Rüstungsproduktion
- Nichtverbreitungs- und Exportkontrollen
- Rüstungskontrolle und Abrüstungsevaluationen
- IT-Projekte, u. a. die FIRST Onlinedatenbank (Fakten über Internationale Beziehungen und Sicherheitsentwicklungen)

Das SIPRI Jahrbuch ist 1969 zum ersten Mal erschienen und liegt nun in der 39. Ausgabe vor. Das SIPRI Jahrbuch 2008 ist eine Zusammenstellung von Originaldaten aus den Bereichen globale Militärausgaben, internationale Rüstungslieferungen, Rüstungsproduktion, Nuklearmächte und multilaterale Friedensoperationen sowie neuesten Analysen wichtiger Aspekte der Rüstungskontrolle, des Friedens und der internationalen Sicherheit. Am SIPRI Jahrbuch beteiligen sich sowohl SIPRI Wissenschaftler als auch eingeladene externe Experten.

Diese Broschüre enthält eine Auswahl von Daten und wesentlichen Ergebnissen aus dem SIPRI Jahrbuch 2008.



Institut für Friedenspädagogik
Tübingen e.V.

Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

Das Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1976 (unter dem Namen Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V.) als friedenspädagogische Fach- und Servicestelle bundesweit etabliert. Ein zentrales Anliegen seiner Arbeit ist es, Friedenserziehung durch ein Angebot fundierter Materialien, Bildungsangebote und Beratung in der Gesellschaft zu verankern und Zugänge in alltägliche Bildungszusammenhänge zu eröffnen. Dies geschieht — in enger Zusammenarbeit mit Forschung und Praxis — durch direkte Unterstützung, durch Beratung und Serviceangebote, durch die intensive Auseinandersetzung mit zentralen Themen der Friedenserziehung im Rahmen von Projektarbeit, durch die Entwicklung von Unterrichtsmedien, durch Seminarangebote sowie die eigenständige und schnelle Publikation der Ergebnisse über das Internet sowie in einem eigenen Verlag.

Übersetzung der deutschen Kurzfassung: Ingrid Will

© SIPRI 2008

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung. Ein Aufruf zur Rüstungskontrolle	2
--	---

TEIL I SICHERHEIT UND KONFLIKTE

1. Euro-atlantische Sicherheitsinstitutionen und Sicherheitsbeziehungen	3
2. Entwicklungen bei bewaffneten Konflikten	4
2C. Der Human Security Ansatz im Kontext direkter und struktureller Gewalt	6
3. Planung und Durchführung von Friedenseinsätzen	7
4. Die Berücksichtigung des Genderaspekts bei der Reform des Sicherheitssektors in Nachkriegssituationen	9

TEIL II MILITÄRAUSGABEN UND RÜSTUNG

5. Militärausgaben	10
6. Rüstungsproduktion	12
7. Internationale Rüstungstransfers	14

TEIL III NICHTVERBREITUNG, RÜSTUNGSKONTROLLE UND ABRÜSTUNG

8. Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung	16
8D. Nukleare Forensik	18
9. Reduzierung der Sicherheitsbedrohungen durch chemische und biologische Waffen	19
9A. Internationale Gesundheitspolitik und die globale Überwachung der Vogelgrippe	20
10. Konventionelle Rüstungskontrolle	21
11. Kontrolle sicherheitsrelevanter internationaler Exporte	22
Anhänge	23

Einleitung. Ein Aufruf zur Rüstungskontrolle

Bates Gill

In den nächsten ein bis zwei Jahren wird es auf höchster Ebene vermehrt Diskussionen über die Vorteile von Rüstungskontrolle und Abrüstung geben. Dies folgt aus dem stärker werdenden weltweiten Konsens, dass ernst gemeinte und effektivere Rüstungskontrolle und Abrüstungsmaßnahmen implementiert werden müssten. Zwei Entwicklungen treffen aufeinander, die die Debatte über Rüstungskontrolle auf ein neues und interessantes Niveau heben werden. Zum einen gibt es eine immer stärkere Besorgnis über den potentiellen Zusammenbruch lang bestehender Rüstungsbeschränkungsabkommen und Nichtverbreitungsverträge. Zum anderen gibt es neue Chancen für effektivere Rüstungskontrollen, Abrüstungs- und Nichtverbreitungsmaßnahmen.

Vieles deutet auf sich verbessernde Fortschritte in der Rüstungskontrolle hin. Abrüstungsbemühungen und damit verbundene vertrauens- und sicherheitsfördernde Maßnahmen der beiden Atomwaffenmächte — Russland und USA — werden besonders wichtig sein, und beide Staaten sollten in naher Zukunft eine Reihe entscheidender Schritte in diese Richtung unternehmen. Es werden aber auch umfassende und globale Anstrengungen notwendig sein, die über diese beiden Länder hinaus gehen, und welche sowohl Staaten mit, als auch ohne Atomwaffen mit einbeziehen und über politische Grenzen hinweg Gemeinsamkeiten suchen.

Drei Vorbehalte sind jedoch für eine realistischere Einschätzung der Aussichten für Rüstungskontrolle angebracht. Erstens wird die Prioritätensetzung der nächsten US-Regierung eine entscheidende Rolle für die zukünftigen Fortschritte in der Rüstungskontrolle spielen. Zweitens sollte die starke internationale Aufmerksamkeit,

die existierende und neue multilaterale Verträge erhalten, nicht darüber hinweg täuschen, dass auch andere Maßnahmen gute Chancen für einen Fortschritt im Bereich Rüstungskontrolle und Abrüstung in sich bergen. Drittens kann Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht alle Probleme der Welt lösen. Damit Rüstungskontrolle mehr Wirkung zeigt, sollte das traditionelle Verständnis des Begriffs breiter gefasst werden, um auch Maßnahmen, die nicht auf Verträgen und Staaten basieren, mit einzubeziehen. Solche Maßnahmen können die Bedrohung durch unnötige und nicht-diskriminierende Gewalt maßgeblich reduzieren und gleichzeitig das Vertrauen zwischen Sicherheitsakteuren auf der internationalen, nationalen und subnationalen Ebene stärken.

In allen politischen Lagern wird die Bedeutung der Rüstungskontrolle, angesichts der drohenden Gefahren für die Menschheit, allmählich wieder erkannt. Obwohl dem weiteren Vorankommen riesige Hürden im Weg stehen, werden sich in den kommenden Jahren neue Gelegenheiten ergeben, um konstruktive Fortschritte bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung zu erreichen. Es liegt eindeutig im Interesse von Bürgern und Regierungen pragmatische und positive Schritte in die richtige Richtung zu unternehmen.

1. Euro-atlantische Sicherheitsinstitutionen und Sicherheitsbeziehungen

Jean-Yves Haine, Gunilla Herolf und Zdzislaw Lachowski

Im Jahr 2007 sahen sich die euro-atlantischen Hauptakteure mit erneuten Entfremdungen konfrontiert und mussten bestehende bewältigen. Die herausragenden Merkmale dieser Dynamik waren die deutlicheren Differenzen zwischen Russland und anderen Staaten der euro-atlantischen Gemeinschaft, die Herausforderung des Zusammenhalts und der Effizienz für die Europäische Union und die mangelnde Zielsetzung der Sicherheitskooperation der atlantischen Gemeinschaft. Die Sicherheitspolitik der USA wurde von einem größeren Pragmatismus geprägt.

Die wichtigste Entwicklung der euro-atlantischen Beziehungen waren 2007 Russlands wiedergewonnenes Selbstvertrauen und seine Bestrebung nach Gleichberechtigung mit den westlichen Partnern in Sicherheitsangelegenheiten. Durch die lukrative Ausbeutung seiner natürlichen Bodenschätze und ermutigt, diese als erfolgreiche politische Waffe einzusetzen, ist Russland zu seiner traditionellen Politik zurückgekehrt, die europäischen Partner gegeneinander auszuspielen, um die transatlantischen Beziehungen zu schwächen und seinen eigenen Einfluss über die ehemaligen sowjetischen Länder wieder geltend zu machen. Gleichzeitig scheint Russland aber auch erpicht darauf kooperative Beziehungen mit dem Westen zu erhalten und wird diesen deshalb vermutlich nicht zu energisch herausfordern.

Die EU verabschiedete den Vertrag von Lissabon, der im Großen und Ganzen die Hauptelemente der abgelehnten Verfassung von 2004 — vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik — beinhaltet. Die EU hat sich jedoch noch nicht vom Verfassungsdebakel erholt, was das Programm für die erweiterte europäische

Nachbarschaft, die externen Beziehungen und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik massiv behindert. Die EU kann jetzt ihr beachtliches Potential nutzen, in dem sie die neu geschaffenen Rechtsstrukturen in politisches Handeln umsetzt. Doch die Ratifikation der Verfassung und die Differenzen über Führerschaft und neue Kompetenzen drohen die Arbeitsfähigkeit der EU zu absorbieren, weil wieder einmal statt eines authentischen außenpolitischen Programms, nationale Präferenzen und Austrittsoptionen im Vordergrund stehen.

Die Herausforderungen für die transatlantische Partnerschaft sind zunehmend globaler Natur. Konsens und Verbindlichkeit sind schwierig zu erreichen und zu erhalten. Auch wenn gemeinsam vorgegangen wird, leidet die Partnerschaft unter selbst auferlegten Beschränkungen, divergierenden Herangehensweisen oder unzureichendem Einfluss. Die Annäherung von EU und USA, die sich 2007 abzeichnete, basierte mehr auf anerkannten Schwächen als auf geplanten Stärken. In den USA wird die Politik, die den Einfluss und das Ansehen des Landes national und international schwächte, nun zunehmend durch eine pragmatischere Weltpolitik ersetzt. Die USA bleiben jedoch im Irak stark involviert und ihr globaler diplomatischer Einfluss ist zurückgegangen. Mit einer bevorstehenden Präsidentschaftswahl, keinem vorhersehbaren Rückzug aus dem Irak und einer sich verschlechternden Wirtschaft, wird sich die USA vermutlich immer stärker nach innen orientieren. Deshalb werden die Beziehungen der euro-atlantischen Gemeinschaft 2008 und 2009 von Veränderungen geprägt sein.

2. Entwicklungen bei bewaffneten Konflikten

Ekaterina Stepanova

Größere bewaffnete Konflikte 2007

2007 gab es 14 größere bewaffnete Konflikte in weltweit 13 Regionen.

Afrika

Somalia

Amerika

Kolumbien

Peru

USA

Asien

Afghanistan

Indien (Kaschmir)

Myanmar (Karen State)

Philippinen

Philippinen (Mindanao)

Sri Lanka („Tamil Eelam“)

Europa

Russland (Tschetschenien)

Naher Osten

Irak

Israel (Palästinensische Gebiete)

Türkei (Kurdistan)

In den letzten zehn Jahren ist die Gesamtzahl größerer bewaffneter Konflikte zwar zurückgegangen, aber der Rückgang war sehr ungleichmäßig. 2002 und 2004 gab es einen signifikanten Rückgang, 2005 einen Anstieg.

Drei der größeren bewaffneten Konflikte im Jahr 2007 waren 2006 noch nicht aktiv (d.h. sie hatten noch nicht begonnen oder hatten bis dahin zu weniger als 25 Toten pro Jahr durch Kampfhandlungen geführt): Peru, Philippinen (Mindanao) und Somalia. Drei 2006 noch aktive Konflikte waren 2007 beigelegt: Burundi, Sudan und Uganda.

Die dominierenden Trends im Bereich bewaffneter Konflikte waren im Jahr 2007 die Fragmentierung bewaffneter Gewalt, die Diversifizierung bewaffneter Akteure und das Verschwimmen der Grenzen zwischen Kategorien und Akteuren von Gewalt. Diese Muster konnten in einigen Konflikten mit den weltweit meisten Todesopfern sowie in konfliktanfälligen Gebieten beobachtet werden, u. a. in Darfur (Sudan), Irak und Pakistan.

Obwohl die Verstärkung der Truppen der USA und eine Strategieänderung zur Aufstandsbekämpfung in Teilen Iraks Mitte 2007 einen etwas stabilisierenden Effekt hatten, blieb die gesamte Sicherheitssituation instabil. Der bescheidene Rückgang von religiös motivierter Gewalt in manchen gemischt-religiösen Gebieten kann auch auf zunehmende Zwangsvertreibungen zurückgeführt werden. Auf der lokalen Ebene hat eine Zunahme militanter „Sicherheitsdienste“ (power brokers) — von kleinen Bürgerwehren, bis hin zu bewaffneten Straßenbanden und Schmugglernetzwerken — zu einer weiteren Fragmentierung der Gewalt beigetragen.

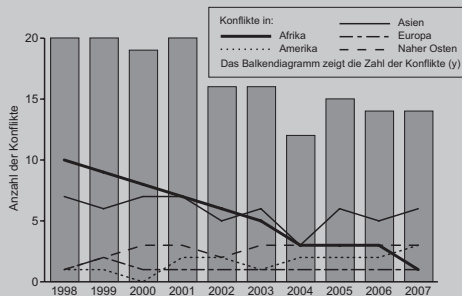
Ein Rückgang der Kämpfe mit Regierungsbeteiligung in Darfur führte nicht zu einer verbesserten Sicherheitslage. Die Struktur der Gewalt verschob sich zunehmend von staatlichen bewaffneten Konfrontationen hin zu einer komplexen Mischung weniger intensiver, aber zahlreicher kleiner Konflikte. Rebellengruppen, Deserteure und der Regierung nahe stehende Truppen wechselten je nach Umständen die Seiten, zogen mordend und raubend durch die Region, handelten lokale Machtstellungen aus und fielen in Nachbargebiete ein. Gewalt gegen die Zivilbevölkerung wird unverändert angewendet, und die

Zahl von Menschen, die durch die Gewalt zersplitterter Gruppen getötet wurden war größer als die Anzahl der Opfer, die in Kämpfen zwischen der Regierung und den Rebellen umkamen.

Nach dem Zusammenbruch des Waffenstillstands zwischen der Regierung und Pro-Taliban- Kombattanten in Pakistan, erlebten die Stammesgebiete die heftigste Gewalt seit Jahren. Es kam u. a. zu Einfällen in Afghanistan, Angriffen gegen Regierungstruppen und Selbstmordattentaten. Mit der wachsenden „Talibanisierung“ der Stammesgebiete ging eine islamische Radikalisierung in ganz Pakistan einher, die im Juli 2007 in der Belagerung der Roten Moschee gipfelte. Die Dynamiken terroristischer Aktivitäten, einschließlich der Ermordung der ehemaligen Premierministerin Benazir Bhutto, demonstrierten die Überlappung lokaler, nationaler, regionaler und transnationaler politischer und religiöser Gewalt in Pakistan.

In allen drei Gebieten war die Schwäche des Staates einer der kritischen Faktoren, die die Fragmentierung und die wachsende Hartnäckigkeit bewaffneter Konflikte 2007 vorantrieb. Um Gewalt in schwachen und von Konflikten zerrütteten Staaten zu reduzieren, muss der Aufbau eines funktionierenden Staates, also die Verbindung von Funktionalität mit lokaler Legitimität Vorrang erhalten. Einheimische Bewegungen, die populär sind und breitgefächerte, politische und soziale Programme verfolgen, sind wahrscheinlich am besten dafür geeignet diese Verbindung zu erreichen – auch wenn ihre Ideologien und Programme sich grundlegend von denen der leitenden internationalen Akteure unterscheiden.

Regionale Verteilung und Gesamtzahl der größeren bewaffneten Konflikte 1998–2007



2007 ist das vierte Jahr in Folge in dem kein zwischenstaatlicher Konflikt verzeichnet wurde. In der Zeit zwischen 1998 und 2007 gab es nur drei größere zwischenstaatliche Konflikte: Eritrea–Äthiopien (1998–2000); Indien–Pakistan (1998–2003); und Irak gegen die USA und deren Verbündeten (2003). Die restlichen 30 größeren bewaffneten Konflikte in diesem Zeitraum waren alle innerstaatlich.

2007 galten vier Konflikte als „internationalisiert“ — d.h. sie umfassten auch Truppen anderer Staaten, die nicht einer der Hauptakteure des Konflikts waren, sondern eine der Konfliktparteien unterstützten. Dies stellte im Vergleich zu 2006 einen Anstieg von einem Konflikt dar. Genau wie 2006 standen alle internationalisierten Konflikte 2007 auf irgendeine Weise mit dem von den USA geführten Anti-Terror-Krieg in Verbindung.

Obwohl größere bewaffnete Konflikte die intensivsten sind und zur höchsten Zahl der Todesopfer durch direkte Kampfhandlung führen, bilden sie nur ca. die Hälfte aller Konflikte mit staatlichen Akteuren und nur ca. ein Viertel aller bewaffneten Konflikte zwischen nicht-staatlichen Akteuren, die meisten davon in Afrika und Asien.

Diese Fakten und Daten sind dem Anhang 2A entnommen, „Muster größerer bewaffneter Konflikte, 1998–2007“, von Lotta Harbom und Peter Wallensteen vom Uppsala Conflict Data Program (UCDP), und basieren auf der UCDP Datenbank, <<http://www.ucdp.uu.se/database/>>.

2C. Der Human Security-Ansatz zu direkter und struktureller Gewalt

Albrecht Schnabel

Menschliches Leiden auf der Ebene des Individuums und Konflikt und Gewalt auf lokalen, regionalen und internationalen Ebenen können deutlich reduziert werden, wenn Individuen und Gemeinschaften vor den von direkter und struktureller Gewalt ausgehenden Bedrohungen geschützt werden — d.h. wenn ihre grundlegende menschliche Sicherheit (human security) garantiert wird. Dagegen führt die Verletzung menschlicher Grundbedürfnisse zu menschlichem Leid, sozialem und gesellschaftlichem Zerfall und dadurch zur Verschärfung struktureller und direkter Gewalt. Dies wiederum beeinträchtigt die Sicherstellung menschlicher Bedürfnisse. Um diese zyklische Beziehung zu durchbrechen, muss Gewalt reduziert oder verhindert und damit menschliche Sicherheit gewährleistet werden.

Das heftig debattierte Konzept der menschlichen Sicherheit wurde sowohl von Wissenschaftlern als auch Regierungen unterschiedlichst definiert. In diesem Beitrags sind Bedrohungen der menschlichen Sicherheit jene, welche das Leben von Individuen und Gemeinschaften durch direkte und strukturelle Gewalt gefährden. Durch den Fokus auf lebensbedrohliche Gewalt als Schwellenkriterium lässt sich mit diesem Ansatz sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis gut arbeiten. Natürlich führt alleine die Vermeidung von direkter und struktureller, lebensbedrohlicher Gewalt nicht zu positivem Frieden, umfassender Sicherstellung menschlicher Sicherheit und der Erfüllung des gesamten Spektrums menschlicher Grundbedürfnisse. Dennoch bietet der Ansatz eine hilfreiche Definition, welche die Sicherheit der Bevölkerung mit der nationalen Sicherheit, die strukturelle Gewalt mit direkter Gewalt und die

Verantwortlichkeit für menschliche Unsicherheit mit der Verpflichtung zur Gewährleistung menschlicher Sicherheit verbindet.

Werden direkte und strukturelle Gewalt als zentrale, voneinander abhängige Variablen in der Analyse und Gewährleistung menschlicher Sicherheit behandelt, dann wird die Bearbeitung der schwerwiegendsten Bedrohungen betroffener Bevölkerungen ermöglicht und die Voraussetzungen für die effektivsten Mechanismen zur Verringerung von Unsicherheit geschaffen. Dies kann durch folgende Schritte erreicht werden:

- Identifikation und Analyse bevölkerungs- und kontextspezifischer Bedrohungen;
- Entwicklung bedrohungs-, kontext- und akteursspezifischer Präventions- und Gegenmaßnahmen;
- Gezielte Prävention direkter und struktureller Gewalt durch Multiakteursansätze und -strategien; und
- kontinuierliche Beobachtung und Abschätzung des jeweiligen Bedrohungsgrades und der Umsetzung von Abschwächungs- und Anpassungsmaßnahmen.

Eine solch systematische Herangehensweise unterstützt vor allem die Bearbeitung struktureller Gewalt, welche nicht immer leicht zu erkennen ist. Vor allem die Identifizierung verantwortlicher Ursachen und Akteure stellt eine besondere Herausforderung dar. Darüber hinaus muss das Augenmerk vor allem auf die Auswirkungen von bewaffneter Gewalt auf die Eskalation bestehender und potentieller direkter und struktureller Gewalt gerichtet werden.

3. Planung und Durchführung von Friedenseinsätzen

Sharon Wiharta

Der steigende Bedarf an Friedenseinsätzen und die wachsende Komplexität und Vielfalt ihrer politischen, humanitären und militärischen Aufgaben benötigen einen nuancierteren Ansatz für die Planung von Missionen. Die Planung fordert eine größere interne Koordination zwischen den verschiedenen Ämtern und Behörden und eine verbesserte Kooperation zwischen der Vielfalt der externen Akteure. Die Vereinten Nationen haben 2007 als Teil ihrer langfristigen „Peacekeeping 2010“ Reformstrategie versucht ihren „Integrated Missions Planning Process“ (IMPP) vollständig einzuführen. Ziel des IMPP ist es, einen sequentiellen, zusammenhängenden und einheitlichen Rahmen sowohl für die Planung im Vorfeld der Mission als auch der UN-Einsätze zu schaffen.

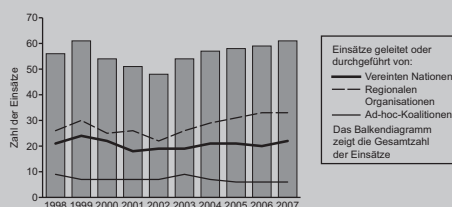
Die vorausgehende Einsatzplanung (pre-deployment planning) ist zwar ein komplexer Prozess, doch für den Erfolg jeder Friedensmission erforderlich. Zusammen mit einer kohärenten Strategie kann diese Planung sicherstellen, dass ein Einsatz klar definierte Ziele und Mandate hat und mit den notwendigen menschlichen, materiellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet ist. Erfahrungen von früheren Friedensmissionen in Kosovo, Liberia und Timor-Leste haben gezeigt, dass die Planung über das UN-Hauptquartier hinausgehen muss und eine Reihe weiterer Akteure mit einbeziehen sollte, insbesondere die Regierung des Aufnahmestaates und die betroffene Bevölkerung.

Eines der am häufigsten berichteten Probleme der Einsatzplanung tritt während der Implementierungsphase auf, wenn die Verantwortung für eine Mission von der Einsatzleitung auf Personen vor Ort übertragen wird.

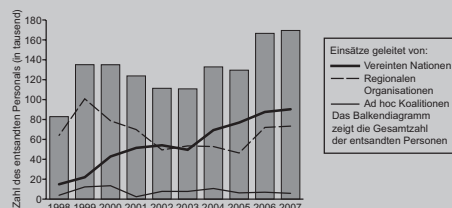
Friedenseinsätze 2007

2007 gab es 61 Friedenseinsätze, zwei mehr als 2006 und die höchste Anzahl seit 1999. Dies setzt eine steigende Entwicklung seit 2002 fort, als 48 Einsätze durchgeführt wurden. Die Kosten für Friedenseinsätze stiegen auch 2007 weiterhin an und die Zahl des entsandten Personals zu solchen Einsätzen erreichte einen Höchststand von 169 467.

Zahl der Friedenseinsätze 1998–2007



Entsandtes Personal in Friedenseinsätzen 1998–2007



Anmerkung: Die Zahlen von 1998 beinhalten nicht von der UN entsandte Zivilisten

Im Jahr 2007 wurde 2,5% mehr Personal entsandt als 2006 und 60% mehr als 2003. Von den Entsandten waren 150 651 Militärangehörige und 18 816 Zivilisten. Die Vereinten Nationen waren der größte Peacekeeping-Akteur. Sie führten 22 Missionen durch — die größte Anzahl seit dem Jahr 2000 — und entsandten insgesamt 90 305 Personen. 2007 wurde ein Rekord an teilnehmenden Staaten

erreicht: 119 Staaten stellten Truppen, militärische Beobachter oder Polizeikräfte zur Verfügung. Die NATO entsandte die zweithöchste Anzahl an Personal — 58 930 in drei Einsätzen. Die Afrikanische Union entsandte in drei Einsätzen 7 371 Personen. Jede dieser Organisationen entsandte 2007 mehr Personen als im Jahr 2006. Im Gegensatz dazu entsandte die EU 2007 jedoch 5 900 Personen weniger als 2006.

Friedenseinsätze und entsandtes Personal 2007, aufgeteilt nach Regionen

	Zahl der Einsätze	Gesamtes entsandtes Personal
Afrika	18	69 355
Amerika	3	9 406
Asien	10	46 019
Europa	20	27 018
Naher Osten	10	17 689
Welt	61	169 467

Die meisten der Friedenseinsätze wurden in Europa durchgeführt, hier vor allem von regionalen Organisationen und Allianzen, wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

2007 waren 41% des gesamten Personals in Afrika und 27% in Asien eingesetzt. Die UN ist mit 10 Missionen weiterhin der Hauptakteur in Afrika — dies ist die höchste Anzahl von UN Friedenseinsätzen in einer Region — und stellte mit 58 076 Personen 85% des gesamten Personals in der Region. Den größten Teil des Personals in Asien bildeten die 41 741 Soldaten, die sich an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) in Afghanistan beteiligten.

Diese Fakten und Daten sind dem Anhang 3A entnommen, „Multilaterale Friedenseinsätze 2007“, von Kirsten Soder, und basieren auf der SIPRI Multilateralen Friedensmission Datenbank, <<http://www.sipri.org/contents/conflict/database-Intro/>>.

Dies geschieht meist deshalb, weil das Team, das im Planungsprozess involviert ist, selten auch das Team ist, das den Einsatz umsetzt. Der gemeinsame Einsatz der Afrikanischen Union und der UN im Darfur, Sudan (UNAMID) — der sich durch eine lange und intensive Planungsperiode auszeichnete — hat gezeigt, dass sogar gut geplante Missionen unter Implementierungsschwierigkeiten leiden können.

Die Beispiele von UNAMID, der UN Mission in der Zentralafrikanischen Republik und Tschad (MINURCAT) und des EU Militäreinsatzes im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR Tchad/RCA) verdeutlichen, dass es Grenzen für die Beteiligung von innerstaatlichen Akteuren während der Planungsphase gibt. Tatsächlich kann ein inklusiver und transparenter Planungsprozess, der auf lokale Eigenverantwortung (local ownership) setzt, die Aussendung einer Friedensmission in Frage stellen. Eine Einsatzplanung, die alle mit einbezieht, setzt voraus, dass Kompromisse eingegangen werden. Die Planungsprozesse der UN und EU sind überarbeitet und verbessert worden, da erkannt wurde, dass das Einverständnis der betroffenen Regierung eingeholt werden sollte. Jedoch werden diese Revisionen weder den Bedürfnissen der Situation gerecht, noch berücksichtigen sie die Forderungen der Zivilbevölkerung.

4. Die Berücksichtigung des Genderaspekts bei der Reform des Sicherheitssektors in Nachkriegssituationen

Megan Bastick

Die Reform des Sicherheitssektors ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedenskonsolidierung, um den erneuten Ausbruch von Gewalt zu vermeiden, öffentliche Sicherheit zu verbessern und die Bedingungen für Wiederaufbau und Entwicklung zu schaffen. Die Vereinten Nationen, Geberorganisationen und viele Regierungen erkennen wie wichtig Gendergerechtigkeit und die Partizipation von Frauen für die Friedensstiftung und Sicherheit sind. Jedoch werden Bemühungen, diese Ziele zu erreichen, oft unabhängig voneinander geplant und umgesetzt, mit der Folge, dass bei Sicherheitssektorreformen Frauen nicht berücksichtigt werden und somit nicht die Sicherheitsbedürfnisse der gesamten Bevölkerung, also auch von Frauen, Mädchen und Jungen, berücksichtigt werden.

Post-Konflikt Sicherheitssektorreformen nutzen unterschiedliche Vorgehensweisen, um Genderfragen zu berücksichtigen.

- In Afghanistan, Kosovo und Liberia stellten bei der Reform der Sicherheitssektoren Maßnahmen zur Rekrutierung und Beibehaltung von Frauen und zur Schaffung von Sicherheitsinstitutionen, die mehr auf Genderfragen eingehen, zwar eine Herausforderung dar, führten aber zu positiven Ergebnissen.
- In Peru, Sierra Leone und Timor-Leste umfassten die Wahrheits- und Versöhnungskommissionen auch Mechanismen, die sich mit den Erfahrungen und Bedürfnissen für Gerechtigkeit von Frauen befassten.
- Ruandische Frauenparlamente trugen unverkennbar zur Reform des Sicherheitssektors bei indem sie sich über die Parteilinien und Ethnien hinweg vereinten, um Fragen der Sicherheit von Frauen anzusprechen.

- In Liberia und Sierra Leone trugen Abrüstungs-, Demobilisierungs-, und Reintegrationsprozesse zur Entwicklung von Arbeitsabläufen bei, die sicherstellten, dass Frauen und Mädchen nicht ausgeschlossen werden, und dass auch die Bedürfnisse von Männern und Jungen angesprochen werden.
- In Liberia und Südafrika waren zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen wichtige Partner bei der Einbindung von lokalen Anliegen der Sicherheit und Gerechtigkeit in die Reform des Sicherheitssektors.

Gender Mainstreaming — die Bewertung der Auswirkung der Reformen des Sicherheitssektors auf Frauen, Männer, Mädchen und Jungen in jeder Phase des Prozesses — ist eine zentrale Strategie. Sie muss von Maßnahmen begleitet werden, die sicherstellen, dass sowohl Männer als auch Frauen bei den Reformen mitwirken. Die Repräsentation von Frauen in Post-Konflikt-Sicherheitsdiensten ist entscheidend um Strukturen aufzubauen, die repräsentativ, zuverlässig und legitim sind und den Sicherheitsbedürfnissen von Männern und Frauen gerecht werden. Transitional Justice und Justizreformen haben unter dem Genderaspekt Fortschritte gemacht. Ad hoc-Tribunale haben sich die Strafverfolgung von sexueller Gewalt als Schwerpunkt gesetzt. Die erfolgreiche Integration von Gender in der Reform des Sicherheitssektors steht vor vielen Herausforderungen. Externe Akteure können ermutigen und unterstützen, aber die Initiative muss von lokalen Akteuren ausgehen. Sicherheitssektorreformen können durch die Integration des Genderaspekts viel gewinnen.

5. Militärausgaben

Petter Stålenheim, Catalina Perdomo und Elisabeth Sköns

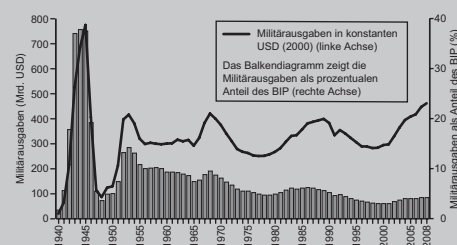
Militärausgaben 2007

Anteile an den gesamten militärischen Ausgaben 2007, nach Region und Einkommensgruppe

	Militärausgaben, 2007 (Mrd. USD)	Veränderung, 1998–2007 (%)
Gesamte Welt	1 339	+45
Afrika	18,5	+51
Amerika	640	+63
Asien und Ozeanien	219	+52
Europa	370	+16
Naher Osten	91,5	+62
Länder mit niedrigem Einkommen	41,9	
Länder mit „unterem mittleren“ Einkommen	152	
Länder mit „oberem mittleren“ Einkommen	107	
Länder mit hohem Einkommen	1 039	

Angaben in laufenden USD. Veränderungsangaben basieren auf konstanten USD-Preisen (2005) und Wechselkursen.

Entwicklung der US Militärausgaben 1940–2008



Die weltweiten Militärausgaben beliefen sich im Jahr 2007 schätzungsweise auf 1 339 Mrd. USD — ein realer Zuwachs von 6% seit 2006 und 45% seit 1998. Dies entsprach 2,5% des globalen Bruttoinlandprodukts (BIPs) oder einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgabe von 202 USD.

Die Subregion mit der höchsten relativen Steigerung der Militärausgaben in den letzten 10 Jahren (1998–2007) war Osteuropa (162%). Diese war mit 15% Zuwachs auch die Region mit dem höchsten Anstieg im Jahr 2007. Russland hatte mit einem Zuwachs von 13% im Jahr 2007 daran einen Anteil von 86%. Andere Regionen mit einer Steigerung von mehr als 50% in den letzten 10 Jahren waren Nordamerika (65%), der Nahe Osten (62%), Südasiens (57%), Afrika und Ostasien (beide 51%). Die Regionen mit dem niedrigsten Anstieg der Militärausgaben in den letzten 10 Jahren waren Westeuropa (6%) und Zentralamerika (14%).

Die USA sind 2007 für 45% der weltweiten Militärausgaben verantwortlich, mit Abstand gefolgt von Großbritannien, China, Frankreich und Japan mit jeweils 4–5%. Seit 2001 betrug die reale Steigerung der US Militärausgaben 59%, hauptsächlich aufgrund massiver Ausgaben für Militäraktionen in Afghanistan und Irak, aber auch aufgrund einer Erhöhung des Grundmilitärhaushalts. US-Militärausgaben sind nun höher als zu jedem anderen Zeitpunkt seit dem Zweiten Weltkrieg. Jedoch ist aufgrund des Wachstums der US-Wirtschaft und der gesamten US-Regierungsausgaben, die ökonomische und finanzielle Last der Militärausgaben (d.h. am Anteil des BIP und der gesamten Regierungsausgaben) niedriger als zu früheren Höchstwerten in den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg.

China hat in den letzten 10 Jahren die Militärausgaben effektiv um das Dreifache erhöht. Dennoch ist der Anteil der Militärausgaben am BIP (2,1%) aufgrund des raschen Wirtschaftswachstums noch moderat.

Die Militärausgaben im Südkaukasus — Armenien, Aserbaidshan und Georgien — steigen sehr schnell, hauptsächlich aufgrund der drei „eingefrorenen“ Konflikte in der Region und der Mitwirkung externer Akteure. Die Steigerung wurde durch den ökonomischen Aufschwung, vor allem durch Öl- und Gaseinkünfte, möglich.

Die Anzahl der Länder, die 2007 ihre Militärausgaben erhöhten, war höher als in den vergangenen Jahren. Faktoren, die den Anstieg von weltweiten Militärausgaben vorantreiben, sind u.a. außenpolitische Ziele, reale oder wahrgenommene Bedrohungen, bewaffnete Konflikte, Entscheidungen für die Beteiligung an multilateralen Friedenseinsätzen, verbunden mit der Verfügbarkeit ökonomischer Ressourcen.

Der internationale Vergleich von Daten zu Militärausgaben ist problematisch. SIPRI legt seiner Analyse von Militärausgaben die jeweiligen Wechselkurse zugrunde. Die Tabelle zeigt die fünf Länder mit den höchsten Militärausgaben gemessen in konstanten USD und offiziellem Wechselkurs.

Die 15 Länder mit den höchsten Militärausgaben 2007 zu aktuellen Kursen

Rang	Land	Ausgaben (USD Mrd.)	Weltanteil (%)
1	USA	547	45
2	GB	59,7	5
3	China	58,3	5
4	Frankreich	53,6	4
5	Japan	43,6	4
6	Deutschland	36,9	3
7	Russland	35,4	3
8	Saudi Arabien	33,8	3
9	Italien	33,1	3
10	Indien	24,2	2
11	Südkorea	22,6	2
12	Brasilien	15,3	1
13	Kanada	15,2	1
14	Australien	15,1	1
15	Spanien	14,6	1

Angaben in USD zu konstanten Preisen (2005) und Wechselkursen

Diese Daten und Fakten sind Kapitel 5 und Anhang 5A entnommen, „Tabellen von Militärausgaben“, von Petter Stålenheim, Jan Grebe, Catalina Perdomo und Elisabeth Sköns und basieren auf der SIPRI Datenbank für Militärausgaben, <http://www.sipri.org/contents/milap/milex/mex_database1.html>.

6. Rüstungsproduktion

Sam Perlo-Freeman und Elisabeth Sköns

Die SIPRI Top-100

Die „SIPRI Top-100“ listet die größten Waffenproduzenten der Welt (ohne China) nach der Höhe ihrer Waffenverkäufe. Die 10 größten Firmen sind unten aufgelistet.

Die 10 größten Waffenproduzenten der Welt 2006

Rang	Firma (Land)	Waffenverkäufe 2006 (Mio. USD)	Profit 2006 (Mio. USD)
1	Boeing (USA)	30 690	2 215
2	Lockheed Martin (USA)	28 120	2 529
3	BAE Systems (GB)	24 060	1 189
4	Northrop Grumman (USA)	23 650	1 542
5	Raytheon (USA)	19 530	1 283
6	General Dynamics (USA)	18 770	1 856
7	EADS (Westeuropa)	12 600	124
8	L-3 Communications (USA)	9 980	526
9	Finmeccanica (Italien)	8 990	1 280
10	Thales (Frankreich)	8 240	487

Zwölf Firmen rückten 2006 in die Top-100-Liste auf, sechs davon zum ersten Mal. US-Firmen dominieren die Top-100 sowohl numerisch als auch finanziell. Darauf folgen mit Abstand die europäischen Firmen.

Die globale Rüstungsproduktion steigt. Die Waffenverkäufe der hundert größten Waffenproduzenten (ausgenommen China) — die SIPRI Top-100 — betragen 2006 315 Mrd. USD — dies entspricht einer nominalen Steigerung von 9% und einer realen Steigerung von 5%. 41 US-Firmen waren für 63% der Waffenverkäufe der Top-100 verantwortlich, während 34 westeuropäische Firmen daran einen Anteil von 29% hatten. Die höchsten Anstiege verzeichneten auf Panzerfahrzeuge spezialisierte Firmen (aufgrund der hohen Nachfrage der USA für den Einsatz im Konflikt in Irak) und Firmen, die in expandierenden Sektoren, wie Militärdienste und hoch-technologische Elektronik und Kommunikation, tätig sind. Auch russische Firmen erlebten 2006 hohe Wachstumszahlen, vor allem in der Luftfahrt und Luftabwehr.

Im Jahr 2007 fanden in der nordamerikanischen und westeuropäischen Waffenindustrie 53 signifikante Firmenfusionen und -übernahmen statt. Drei von diesen waren transnationale Abkommen innerhalb Europas und sechzehn waren transatlantische Geschäftsabschlüsse. Fast alle der transatlantischen Firmenfusionen und -übernahmen fanden zwischen britischen und US-Firmen statt. Die meisten Aktivitäten betrafen Militärdienste oder Subsysteme, besonders im Bereich Elektronik und Luftfahrt. Sieben Firmenübernahmen hatten einen Wert von über 1 Mrd. USD. Vier davon waren inländische US-Übernahmen, zwei waren die britische Übernahme von US-Firmen, und eine war die Übernahme eines britischen Betriebs durch eine US-Firma.

In Westeuropa fanden 2007 zwischen Frankreich und Großbritannien stärkere

Konsolidierungen im Marinebereich statt und wurden von den jeweiligen Regierungen aktiv gefördert. Die französische staatliche Schiffsbaufirma DCN übernahm in einem 714 Mio. USD-Geschäft die Marinesparte von Thales, während die britischen Firmen BAE Systems und VT Group sich auf eine Joint Venture einigten, die ihren Schiffsbau und ihre Dienstleistungen fusionierte.

Innerhalb der EU gab es 2007 ein fortbestehendes politisches Bestreben zur Förderung einer stärker integrierten EU-Waffenindustrie und eines integrierten Waffenmarkts. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) einigte sich auf zwei Strategiedokumente, eines über den Aufbau eines europäischen verteidigungstechnologischen und industriellen Stützpunkts, und das andere über militärische Forschung und Technologiestrategien. Die Europäische Kommission schlug zwei Direktiven vor, eine zur Öffnung der Waffenkäufe und eine andere zur Lockerung der Exportregulierungen für Rüstungstransfers innerhalb der EU.

Die russische Regierung setzte die Konsolidierung der Waffenindustrie zu großen Staatskonzernen fort. 2007 startete die United Aircraft Corporation (UAC), die die Produktion der meisten russischen zivilen und militärischen Starrflügel luftfahrzeuge vereinigt. Es wurden zwei neue Konglomerate geschaffen: Die United Shipbuilding Corporation (USC), die den Schiffsbausektor konsolidiert, und Rostekhnologii, der militärische und zivile Hersteller und Rohmateriallieferanten mit der staatlichen Waffenexportagentur Rosoboronexport verbindet.

Regionale/nationale Anteile an Waffenverkäufen der SIPRI Top-100 Waffenproduzenten in 2006

Region oder Land	Anzahl der Firmen	Waffenverkäufe 2006 (Mrd. USD)
USA	41	200,2
Westeuropa	34	92,1
Russland	8	6,1
Japan	4	5,2
Israel	4	4,6
Indien	3	3,5
Südkorea	3	1,8
Singapur	1	0,9
Australien	1	0,5
Kanada	1	0,5
Gesamt	100	315,3

Die Zahlen für ein Land oder eine Region beziehen sich auf die Waffenverkäufe der 100 größten Firmen mit Hauptgeschäftsstelle in diesem Land oder dieser Region, einschließlich der in ausländischen Tochterunternehmen hergestellten Waffen. Sie zeigen daher nicht den Verkauf der tatsächlich in dem Land oder der Region produzierten Waffen.

Die größten Übernahmen in der westeuropäischen und nordamerikanischen Waffenindustrie 2007

Käuferfirma	Gekaufte Firma	Wert der Transaktion (Mio. USD)
General Electric	Smiths Aerospace	4 800
BAE Systems	Armor Holdings	4 532
URS Corporation	Washington Group Intl	3 100
Carlyle Group	ARINC	. . .
ITT Corporation	EDO Corporation	1 700
Meggitt	K&F Industries	1 300
Veritas Capital	Aeroflex	1 300
Textron	United Industrial Corporation	1 100

Diese Fakten und Daten sind dem Kapitel 6, Anhang 6A, „Die SIPRI Top-100 Waffen produzierende Firmen 2006“, von Sam Perlo-Freeman und dem SIPRI Waffenindustriennetzwerk und Anhang 6B, „Größere Übernahmen in der Waffenindustrie 2007“, von Sam Perlo-Freeman und basieren auf der SIPRI Waffenindustriedatenbank.

7. Internationale Rüstungstransfers

Paul Holtom, Mark Bromley und Pieter D. Wezeman

Die Exporteure und Importeure von größeren konventionellen Waffen 2007

Die fünf größten Exporteure von größeren konventionellen Waffen und deren Importeure 2003–2007

Exporteur	Anteil am weltweiten Waffensexport (%)	Hauptimporteure (Anteil an den gesamten Lieferungen des Exporteurs (%))
USA	31	Südkorea (12), Israel (12), VAE (9), Griechenland (8)
Russland	25	China (45), Indien (22), Venezuela (5), Algerien (4)
Deutschland	10	Türkei (15), Griechenland (14), Südafrika (12), Australien (9)
Frankreich	9	VAE (41), Griechenland (12), Saudi Arabia (9), Singapur (7)
GB	4	USA (17), Rumänien (9), Chile (9), Indien (8)

Die fünf größten Importeure von Großwaffen

Importeur	Anteil am weltweiten Waffenimport (%)
China	12
Indien	8
VAE	7
Griechenland	6
Südkorea	5

Ungefähr 80% des Exportvolumens von größeren, konventionellen Waffen im Zeitraum 2003–2007 gingen auf das Konto der fünf größten Waffenexporteure — USA, Russland, Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Obwohl diese fünf Exporteure wahrscheinlich weiterhin einen großen Anteil an den internationalen Rüstungslieferungen haben werden, kam es 2007 zu Bedenken im Bezug auf die Exportaussichten französischer und russischer größerer konventioneller Waffen.

Asien, Europa und der Nahe Osten waren im Zeitraum 2003–2007 weiterhin die Regionen mit den meisten Importen. Die größten Importländer waren China, Indien, die Vereinten Arabischen Emirate, Griechenland und Südkorea. Jedoch gab es 2007 erste Anzeichen für eine potentielle, signifikante Veränderung unter den größten Abnehmern, mit weniger Lieferungen nach und Bestellungen von China. Die größten Lieferanten an Asien und den Nahen Osten werden weiterhin intensiv um Exportaufträge konkurrieren und Libyen und Saudi Arabien werden wohl wieder zu größeren Abnehmern werden.

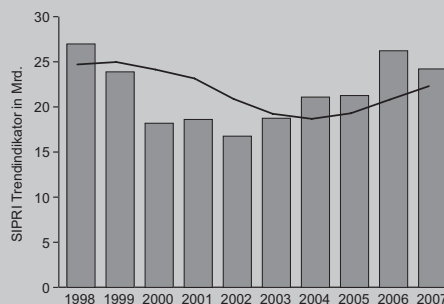
SIPRI-Daten zeigen, dass das Volumen der internationalen Rüstungslieferungen nach Südamerika in der Periode von 2003–2007 47% höher war als zwischen 1998–2002. Doch trotz reißerischer Schlagzeilen und Hinweisen auf konkurrierendes Verhalten (z.B. die Art und der Zeitpunkt der brasilianischen, kolumbischen und venezolanischen Käufe) scheint es unwahrscheinlich, dass sich Südamerika in einem klassischen Rüstungswettlauf befindet. Waffenkäufe sind hauptsächlich von Bemühungen motiviert, die Militärbestände zu ersetzen und zu verbessern, um das existierende Leistungsvermögen

zu erhalten; um auf überwiegend innerstaatliche Sicherheitsbedrohungen reagieren zu können; um die Leistung der innerstaatlichen Waffenindustrie zu verbessern oder um das regionale oder internationale Ansehen zu stärken.

Waffenexporteure befriedigen die Nachfrage nach Waffen, die aus Konflikten entsteht, aus folgenden Gründen: um politischen und ökonomischen Einfluss zu gewinnen, als Ausgleich für eine involvierte externe Partei, die direkt militärisch präsent ist und um dem gewaltigen ökonomischen Druck zum Waffenverkauf nachzukommen. Der internationale Rüstungstransfer in Konfliktgebieten wie Afghanistan und Sudan zeigt eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Erstens haben UN-Waffenembargos für bewaffnete nichtstaatliche Akteure bis jetzt nicht deren Waffenerwerb verhindern können. Zweitens sind bedeutende Waffenlieferanten oft bereit gewesen ihre Unterstützung für die Regierung in einer Konfliktregion zu zeigen, indem sie diese direkt mit Waffen beliefern. Drittens müssen international sanktionierte Friedenseinsätze oft darum kämpfen geeignete Waffen und Militärausrüstungen zu erhalten.

Der im Zeitraum 2000–2004 verzeichnete Anstieg des Umfangs der internationalen Rüstungsexporte größerer konventioneller Waffen ist auch im Zeitraum 2003–2007 weiter angestiegen. Dennoch war das Exportvolumen 2007 8% niedriger als 2006.

Trend bei Lieferungen größerer konventioneller Waffen 1998–2007



Das Balkendiagramm zeigt die jährlichen Gesamtzahlen und die Linie beschreibt Veränderungen im Fünfjahresdurchschnitt, dargestellt im letzten Jahr jeder Fünfjahresperiode. Der SIPRI Trendindikatorwert misst das Volumen der Rüstungstransfers.

Es ist nicht möglich den genauen finanziellen Wert des internationalen Waffenhandels zu messen. Doch wenn man die finanziellen Daten der Hauptexporteure aggregiert, ist es möglich eine annähernde Schätzung zu erstellen. Der geschätzte Wert des internationalen Waffenhandels 2006 beträgt 45,6 Mrd. USD. Dies sind 0,4% des Welthandels.

Der finanzielle Wert der globalen Rüstungsexporte laut nationalen Regierungs- und Industrieangaben

Welt gesamt 45 628	
USA	14 008
Russland	6 500
Frankreich	5 061
GB	3 792
Israel	3 000

Angaben in Mrd. USD bei konstanten (2006) Preisen.

Diese Fakten und Daten sind dem Kapitel 7, Anhang 7A entnommen, „Die Exporteure und Hauptimporteure größerer konventioneller Waffen“, vom SIPRI-Rüstungsexport-Projekt, und Anhang 7B, „Der finanzielle Wert des Waffenhandels“, von Mark Bromley. Sie basieren auf der SIPRI Rüstungstransferdatenbank, <<http://armstrade.sipri.org/>>.

8. Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

Shannon N. Kile

Weltweite Nuklearmächte 2008

Anfang 2008 besaßen acht Atomwaffenstaaten fast 10 200 einsetzbare Atomwaffen. Mehrere Tausend dieser Atomwaffen werden auf hoher Alarmstufe bereit gehalten und sind innerhalb weniger Minuten abschussbereit. Zählt man alle Nuklearsprengköpfe, darunter einsetzbare Sprengköpfe, Ersatzteile, Reserven und zur Demontage vorgesehene Sprengköpfe, so besitzen diese Staaten insgesamt mehr als 25 000 Sprengköpfe.

Weltweite Nuklearmächte im Januar 2008

Staat	Strategische Sprengköpfe	Nicht-strategische Sprengköpfe	Gesamtzahl aller einsetzbaren Sprengköpfe
USA	3 575	500	4 075
Russland	3 113	2 076	5 189
GB	185	–	185
Frankreich	348	–	348
China	161	15	176
Indien	–	–	60–70
Pakistan	–	–	60
Israel	–	–	80
Insgesamt			10 183

Alle Angaben sind Schätzwerte

Die fünf im Atomwaffensperrvertrag von 1968 definierten Atomwaffenstaaten — China, Frankreich, Russland, Großbritannien und USA — waren alle dabei neue Atomwaffen einsatzbereit zu machen oder hatten zumindest ihre Absichten erklärt, dies 2007 zu tun.

Auch 2007 stand Irans Kernwaffenprogramm im Zentrum der internationalen Diskussion. Iran fuhr fort in seiner Urananreicherungsversuchsanlage in Natanz Gaszentrifugen zu installieren, was den UN-Sicherheitsrat dazu veranlasste die Resolution 1747 zu verabschieden. Die Resolution verlangte, dass der Iran alle Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsaktivitäten einstellt und verhängte zusätzliche Sanktionen gegen den Iran.

Im August erarbeiteten der Iran und die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) einen Arbeitsplan um die Einhaltung bislang nicht beachteter Sicherheitsvorkehrungen zu besprechen und um einen Zeitplan für die Klärung der restlichen Streitfragen aufzustellen, die im Zusammenhang mit bisherigen Ermittlungen der IAEA über nukleare Aktivitäten des Irans noch anstehen. Es gab jedoch weiterhin eine Kontroverse über Vorwürfe, dass der Iran geheime Forschungen über nukleare Waffen durchführen würde. Im Dezember gaben die USA eine nicht klassifizierte Zusammenfassung einer neuen Einschätzung des Geheimdienstes (National Intelligence Estimate) heraus, die zu dem Schluss kam, dass der Iran sein nukleares Waffenprogramm mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit im Herbst 2003 beendete und seitdem nicht wieder aufgenommen hat.

Im Februar 2007 einigten sich die Teilnehmer der Sechsergespräche — China, Japan, Nordkorea, Südkorea, Russland und die USA — auf einen Aktionsplan nach dem Nordkorea seine Kernanlagen in Yongbyon mit dem letztendlichen Ziel der Demontage stilllegen sollte. Im Gegenzug würde Nordkorea Unterstützung bei der Energieversorgung und andere

ökonomische und politische Beihilfe erhalten. Doch Nordkorea deaktiviert die Kernanlage nicht und erstellte auch bis zum Ablauf der Frist, die im Oktober 2007 in einer Vereinbarung zur Implementierung des Aktionsplans festgelegt wurde, keine umfassende Bestandsaufnahme seines derzeitigen und bisherigen Nuklearprogramms. Zwei Hauptkontroversen blieben in der nordkoreanischen Erklärung offen: Die Frage danach, wie viel Plutonium Nordkorea abgetrennt hat und ob es Uran angereichert hat.

Indien und die USA kündigten einen Vertragsentwurf („123 agreement“) an, der die genauen Bedingungen für die Wiederaufnahme des amerikanisch-indischen Handels von spaltbarem Material und Kerntechnik festlegen soll, die bereits 2005 in der „Zivilen amerikanisch-indischen Nuklearkooperationsinitiative“ (CNCI) ins Auge gefasst worden waren. Der Vertragsentwurf wurde in den USA kritisiert, weil er gegen die vom US-Kongress 2006 verabschiedeten Konditionen verstieß, die sicher stellen sollten, dass die CNCI die amerikanische Nichtverbreitungspolitik und andere Gesetzgebungen einhält. In Indien stieß der Entwurf weiterhin auf starken politischen Widerstand.

Die Genfer Abrüstungskonferenz schaffte es wiederum nicht die oft verzögerten Verhandlungen über einen Vertrag über den Stop der Produktion von waffenfähigem Spaltmaterial zu eröffnen. Zudem konnte die Genfer Abrüstungskonferenz wegen eines Streits über die Frage, ob Verhandlungskomitees zu anderen Themen auf der Agenda eingeführt werden sollten, kein Arbeitsprogramm aufnehmen. Einige Staaten waren weiterhin, zumindest für die nahe Zukunft, gegen ein Produktionsverbot von spaltbarem Material für den Waffenbau.

Indien und Pakistan zusammen mit Israel tatsächliche Atomwaffenstaaten außerhalb der NPT, sind dabei ballistische Raketen zu entwickeln, die Atomwaffen befördern können. Nordkorea behauptete 2005 Atomwaffen entwickelt und 2006 einen Atomtest durchgeführt zu haben, doch dafür gibt es keine offiziellen Bestätigungen.

2007 betrug die weltweiten Bestände von hoch angereichertem Uran ca. 1 370 Tonnen (ohne die 346 Tonnen die zu Natur-Uran zurück verarbeitet werden sollen). Die globalen Militärbestände an separiertem Plutonium betrug ca. 228–282 Tonnen und die Zivilbestände 244,9 Tonnen.

Die Vereinigten Staaten entwickeln weiterhin eine Vielzahl von Programmen für die aktive Abwehr gegen wahrgenommene neue Bedrohungen durch Raketen, inklusive Raketen mit atomaren Sprengköpfen.

Ausgaben für die US-Raketenabwehrgentur, Finanzjahre 2003–13

Jahr	Ausgaben
2003	6 714
2004	7 674
2005	9 169
2006	7 695
2007	9 388
2008	8 899
2008–13 ^a	56 666

Die Zahlen stellen die angeforderten Mittel in Mio. USD zu aktuellen Preisen dar. Die Jahre sind Finanzjahre (1. Okt.–30. Sept.). Die Angaben beinhalten nicht die gesamten Abwehrausgaben für Raketenabwehrprogramme.

^a Dies ist eine hochgerechnete Zahl.

Diese Fakten und Daten sind dem Anhang 8A entnommen, „Weltweite Nuklearmächte, 2008“, von Shannon N. Kile, Vitaly Fedchenko und Hans M. Kristensen, dem Anhang 8B, „Weltweite Bestände von spaltbarem Material 2007“, von Harold Feiveson, Alexander Glaser, Zia Mian und Frank von Hippel vom International Panel on Fissile Materials, Princeton University, und dem Anhang 8C, „Ein Überblick über die US Raketenabwehrprogramme“ von Shannon N. Kile.

8D. Nukleare Forensik

Vitaly Fedchenko

Für viele internationale Verträge und nationale Gesetze bedarf es Mechanismen, die deren Einhaltung überwachen. Viele solcher Mechanismen sind auf Technologien angewiesen und fördern somit die Entwicklung besserer technologischer Überwachungsmittel. Nukleare Forensik ist eine neue wissenschaftliche Disziplin mit direkter Anwendung in der Vertragsüberwachung und Strafverfolgung. Darunter versteht man die Analyse von Art, Herkunft und Zweck nuklearer oder radioaktiver Materialproben und jeder dazugehörigen Information, um Gewissheit über die Herkunft des Materials zu erlangen.

Einige Verfahren der nuklearen Forensik wurden erstmals während dem Zweiten Weltkrieg entwickelt, als die USA Wasser- und Luftproben in der Nähe von angeblichen deutschen Reaktoren sammelten, um zu prüfen ob die Produktion von Plutonium stattfand. Die Verfahren wurden regelmäßig für die Überwachung des bilateralen Rüstungskontrollabkommens zwischen Russland und den USA eingesetzt. Seit dem Aufkommen illegalen Handels mit radioaktivem Material in den frühen 1990er Jahren, wurde die nukleare Forensik schon in vielen Einzelfällen angewandt. Technologische Fortschritte machten es möglich die nukleare Forensik einzusetzen, um zu überprüfen ob ein Land die Vorschriften der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) einhält. Zum Beispiel wies 1992 eine Anzahl von Umweltproben bei dem nordkoreanischen Atomkraftwerk in Yongbyon nach, dass Nordkorea nicht alle Plutoniumspaltungsaktivitäten angegeben hatte. 2003 lieferte eine Analyse ähnlicher Proben im Iran feste Beweise dafür, dass nicht deklarierte Urananreicherung stattfand und half

das geheime Atomhandelsnetzwerk von Abdul Qadeer Khan aufzudecken.

Die Entwicklung eines Überwachungssystems zur Überprüfung der Einhaltung des Kernwaffentests-Vertrags von 1996 hat gezeigt, dass forensische Analysen bei der Bestätigung einer nuklearen Explosion oder bei der Bestimmung von Sprengvorrichtungsfunktionen eine wichtige Rolle spielen können. Die gleichen Technologien werden wichtig sein, um die Quelle einer nuklearen Sprengvorrichtung zu ermitteln, sollte jemals eine Atomwaffe von Terroristen eingesetzt werden. Das Gebiet der nuklearen Forensik wird auch für die Überwachung des beabsichtigten Abkommens über das Produktionsverbot von spaltbarem Material (fissile material cut-off treaty) relevant sein, weil es das Alter von spaltbarem Material bestimmen kann (d. h. man kann feststellen ob Material vor oder nach einem bestimmten Datum produziert wurde).

Der Umfang der Informationen, der durch Verfahren der nuklearen Forensik erlangt werden kann, hängt vom Zugang zu relevanten Anlagen und Proben ab, jedoch ist dieser Zugang aufgrund rechtlichen oder politischen Erwägungen oft eingeschränkt.

9. Verringerung der Sicherheitsbedrohungen durch chemische und biologische Waffen

John Hart und Peter Clevestig

Die Vorkehrungen für die Prävention von und den Umgang mit chemischer und biologischer Kriegsführung (CBW) umfassen auch nicht-staatliche Bedrohungsszenarien, wie z.B. Szenarien in denen improvisierte Vorrichtungen mit giftigen Chemikalien oder Krankheitserregern eingesetzt werden. Akteure, wie z.B. Gesundheitsbehörden, die früher nur am Rande in die Bemühungen zum Verbot von CBW integriert wurden, werden nun routinemäßig in die Bedrohungswahrnehmung und Risikoanalyse einbezogen. Das sich entwickelnde Gebiet der mikrobiellen Forensik ist ein integraler Bestandteil der Biogefahrenabwehr und der Strafverfolgung. Bis Dezember 2007 wurden ca. 26 000 Tonnen chemischer Waffen nachweisbar vernichtet (von ca. 71 000 deklarierten Tonnen). Zwölf Staaten besaßen insgesamt 65 deklarierte chemische Waffenproduktionsanlagen. Davon waren 42 zerstört und 19 für friedliche Zwecke, die nicht von der chemischen Waffenkonvention verboten sind, umgebaut.

Die vorübergehende, aus drei Personen bestehende Implementation Support Unit, die von der 6. Überprüfungskonferenz der Biowaffenkonvention (BTWC) eingerichtet wurde, nahm im August 2007 ihre Tätigkeiten auf. Sie empfängt und verteilt politisch verbindliche Informationen, die als vertrauensbildende Maßnahmen (CBM) zwischen den BTWC-Mitgliedern gedacht sind. 2007 veröffentlichte die Implementation Support Unit eine CD-ROM mit allen Erkenntnissen der CBM aus den Jahren 1987–2007.

Die UN Kommission zur Überwachung, Verifizierung und Inspektion (UNMOVIC) im Irak wurde 2007 aufgelöst. Ein irakisches

Gericht verurteilte Ali Hassan al-Majid („Chemical Ali“) für seine Rolle in der Anfal Kampagne 1988 gegen die Kurden im Norden Iraks, in der chemische Waffen eingesetzt wurden.

2007 gab es im Irak eine Reihe von Angriffen mit Chlor, die viele Menschen verletzten oder töteten. Der Einsatz von herkömmlichem Sprengstoff in Verbindung mit Chemikalien zu deren Verbreitung löste die Besorgnis aus, Rebellen könnten ihre Verbreitungsmethoden verbessern. Der Gebrauch von Chlor war auch in den USA ein Diskussionsthema im Zusammenhang mit der Frage, wie man die öffentliche Wasserversorgung schützen kann und ob man zum Schutz der städtischen Wasserversorgung Chlor durch anderen Chemikalien ersetzen sollte.

Das Versagen von Biosicherheits- und Bioschutzmaßnahmen, sogar in Anlagen von denen man annahm, dass das Bewusstsein über die Gefahren und die Sicherheitsvorkehrungen sehr hoch seien, erhielten 2007 große öffentliche Aufmerksamkeit. Ein solcher Verstoß fand auf einem Bauernhof in der Nähe von Pirbright in Großbritannien statt, wo der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche entdeckt wurde. Um das internationale Verbot gegen chemische und biologische Kriegsführung zu stärken, sollten Studien durchgeführt werden, die die Lücke zwischen politischen und technischen Fragen schließen. Die Studien sollten:

- Analysen über den praktischen Gebrauch von Technologien und Geräten mit doppeltem (zivilem und militärischem) Verwendungszweck informieren und
- Ein besseres Verständnis über den Gebrauch und Ursprung von Informationen fördern.

9A. Internationale Gesundheitspolitik und die globale Überwachung der Vogelgrippe

Bernice Raveché

Grippe hat einige der verheerenden Epidemien in der Geschichte der Menschheit ausgelöst und Experten sind sich darüber einig, dass eine weitere Grippepandemie bevorsteht. Die Vogelgrippe, eine Variation des Virus Influenza H5N1, ist hierfür ein wahrscheinlicher Kandidat.

Die Globalisierung hat die Art und Quantität von Menschen- und Güterströmen vervielfacht. Da die Globalisierung das Potential hat öffentliche Gesundheitsprobleme zu verursachen oder zu verschlimmern, wird die Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Teil eines kollektiven Bestrebens, gesellschaftliche Sicherheit aufzubauen, vermutlich eine wichtige Rolle spielen. Die Rolle der WHO im Umgang mit globaler Gesundheit verändert sich. Dies zeigt sich in den überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR), die 2005 verabschiedet und im Juni 2007 erstmals implementiert wurden. Weil die IHR viele Jahre für ihre Unwirksamkeit bekannt waren und von einer Minderheit von Mitgliedsstaaten nicht eingehalten wurden, überarbeitete die WHO die IHR in Verbindung mit einem Rechtssystem, das der WHO beispielslose rechtliche Autorität für die globale Krankheitsüberwachung und Berichtspflicht der Mitgliedstaaten gibt. Die neuen IHR haben weitreichende Folgen für die von Ländern geforderten Maßnahmen beim Ausbruch des Schwere Akuten Respiratorischen Syndroms (SARS) und von H5N1.

Indonesien ist zurzeit die größte Gefahrenzone für den Ausbruch von H5N1 sowohl bei Menschen als auch bei Geflügel. Dennoch enthielt die indonesische Regierung der WHO Proben vor mit der Begründung, es gäbe eine ungleiche Verteilung von Grippeimpfstoffen, besonders von

Impfstoffen die aus indonesischen Virusproben hergestellt wurden. Die indonesische Regierung verlangte, dass für die Entwicklung eines Impfstoffes gegen Viren, die in Indonesien gefunden werden, eine Vorabgenehmigung erteilt werden muss und, dass für Länder in denen der H5N1 Virus endemisch ist, ein reduzierter Preis für den Impfstoff gilt. Diese Patt-Situation war ein direkter Verstoß gegen die überarbeiteten IHR. Anfang 2008 wurde Indonesien jedoch zugesichert, dass seine Rechte auf Impfstoffe, die von indonesischen Vogelgrippeproben produziert werden, anerkannt werden, woraufhin das Land 12 Proben von Vogelgrippeviren an die WHO sandte.

Die überarbeiteten IHR zeigen sowohl einen Paradigmenwechsel beim Umgang mit Fragen der Weltgesundheit als auch eine Veränderung der Rolle der WHO. In der Zukunft wird sich zeigen ob die WHO ihre Unparteilichkeit und Neutralität auch im Zuge der Implementierung der neuen IHR erhalten kann. Wenn die WHO nicht ihre Glaubwürdigkeit gegenüber Entwicklungs- und Industrieländern unter Beweis stellen kann, wird sie ihre Stellung als die führende internationale globale Gesundheitsorganisation verlieren und das Thema Weltgesundheit wird weiterhin von der Außenpolitik einzelner Länder bestimmt werden.

10. Konventionelle Rüstungskontrolle

Zdzislaw Lachowski

2007 erlebte der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) die schwerste Krise seit seiner Unterzeichnung 1990. Russland kündigte seine Teilnahme am Regime auf. Diese riskante Politik im Zusammenhang mit dem Vertrag spiegelt nicht einen einzelnen Konflikt wider, sondern ein weites Spektrum militärischer und politischer Fragen, die die Mitglieder der OSZE spalten. Da Russland seine rechtlichen Waffenkontrollverpflichtungen und seine 1999 in Istanbul eingegangenen politischen Verpflichtungen von einander trennt, steht das Land mit anderen KSE-Mitgliedern im Konflikt, die den KSE-Vertrag als Ganzes handhaben wollen. Die westlichen Staaten haben verspätet die Notwendigkeit erkannt, Russlands KSE-Anliegen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn man jedoch Russlands Verhalten und seine Nichteinhaltung der Beschränkungen in den Flankenregionen bedenkt, ist eine schnelle Einigung nicht sehr wahrscheinlich. Außerdem werden sowohl NATO-Mitglieder als auch Staaten, die kurz davor stehen, dem angepassten KSE-Vertrag beizutreten, nicht bereit sein einem Vertrag zuzustimmen, der wesentlich verändert werden soll, nur um den Forderungen eines einzelnen Staates nachzukommen, zumal dies auf die Kosten des Sicherheitsgefühls aller anderen gehen würde.

Ironischerweise ist Rüstungskontrolle trotz — oder vielleicht wegen — der KSE-Krise auf der europäischen Sicherheitsagenda nach oben gerückt. Die Schwächung der KSE-Rüstungskontrolle hat im Südkaukasus zu beunruhigenden Reaktionen geführt, und in Moldawien dauerte die Pattsituation über den Abzug russischer Soldaten und Kriegsgeräte an. Im Gegensatz dazu, wurde das

Georgien–Russland Abkommen von 2005 über die Schließung russischer Militärstützpunkte und -anlagen in Georgien fast komplett umgesetzt und das regionale Rüstungskontrollsystem im Balkan funktionierte reibungslos.

Da die „harte“ Rüstungskontrolle zum Stillstand gekommen ist, wurde als Ersatz ein „weiches“ Rüstungskontrollsystem mit vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen vorgeschlagen. Aber wenn in einem Bereich Vertrauen verloren geht, ist es schwierig es in einem anderen Bereich wieder aufzubauen. Dennoch hat der OSZE-Verhaltenskodex für politisch-militärische Aspekte der Sicherheit seine Bedeutung nicht verloren, und andere vertrauensbildende Maßnahmen unter OSZE-Mitgliedern konzentrieren sich weiterhin auf die vielen Gefahren, die durch die übergroßen Vorräte an Kleinwaffen, Munition und giftigen Raketentreibstoffen entstehen.

Die Zahl der Staaten, die sich an dem 1997 unterzeichneten völkerrechtlichen Vertrag zum Verbot von Antipersonenminen (Ottawa-Konvention) halten, ist auf 156 gestiegen, was einen weiteren Schritt in Richtung „Universalisierung“ darstellt. Mehr und mehr Länder beteiligen sich am „Oslo-Prozess“ zum Verbot des Einsatzes von Streubomben.

11. Kontrolle sicherheitsrelevanter internationaler Exporte

Ian Anthony, Sibylle Bauer und Anna Wetter

Exportkontrollen sind präventive Maßnahmen, die sicherstellen sollen, dass exportierte Güter aus der Sicht des Exporteurs in anderen Ländern nicht zu illegalen oder unerwünschten Aktivitäten führen. Die Rolle der Exportkontrollen bei der Unterstützung der zentralen Nichtverbreitungsabkommen wird nun ergänzt durch die wichtige Rolle, die sie bei der Implementierung von Entscheidungen des UN Sicherheitsrates in bestimmten Ländern (beispielsweise Iran oder Nordkorea) spielen.

Eine Reihe von multilateralen Kooperationsabkommen versucht die Effektivität der nationalen Exportkontrolle der beteiligten Staaten zu verbessern. Die Beteiligung an dieser Abmachung weitete sich 2007 weiter aus, als Kroatien der „Australischen Gruppe“ beitrug. Die teilnehmenden Staaten des Wassenaar-Abkommens über die Exportkontrolle für konventionelle Waffen und Dual-Use -Güter und -Technologien schlossen einen Evaluationsbericht über ihre gesamten Tätigkeiten ab.

2007 schlug die Europäische Kommission vor, die Bestimmungen zum Transfer von Militärgütern innerhalb der EU zu vereinfachen. Die Kommission hat auch Veränderungen der Gesetze für den Export von Dual-Use-Gütern (zivil und militärisch nutzbare Güter) vorgeschlagen.

2006 und 2007 verabschiedete der UN Sicherheitsrat Resolutionen, die, als Teil der umfassenden Bemühungen gegen die Verbreitung von Atomwaffen, bestimmte Arten des internationalen Handels mit dem Iran einschränken oder verbieten. Die Verbote und Beschränkungen der UN beziehen sich auf die sensibelsten Tätigkeiten im Bezug auf die Proliferation — die Urananreicherung, Gewinnung von Plutonium und die Entwicklung

von Raketen, die Atomwaffen befördern könnten. Die EU hat Schritte unternommen um diese Verbote und Einschränkungen in Bestimmungen umzuwandeln, an die sich die EU-Exporteure halten müssen. Die EU hat die Einschränkungen und Verbote auf den Handel mit dem Iran sogar noch über das UN-Mandat hinaus ausgeweitet.

Die Durchsetzung von Exportkontrollen und Nichtverbreitungssanktionen durch die Exportkontrollbehörden erfordert die Schaffung rechtlicher Grundlagen und die Überarbeitung institutioneller Einrichtungen und Abläufe. Eine effektive Durchsetzung setzt eine aktive, kompetente und kooperative Beteiligung einer Reihe nationaler Akteure (einschließlich Zollbehörden, Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdienst) und entsprechende Rechtsstrukturen (einschließlich Strafen für Exportkontrollverstöße) voraus. Eine internationale Debatte darüber, was effektive, abschreckende und angemessene Sanktionen als Antwort auf Verstöße gegen Exportkontrollgesetze sind, hat insbesondere in der EU begonnen.

Anhänge

Nenne Bodell

Anhang A, „Rüstungskontrolle und Abrüstungsabkommen“, beinhalten Zusammenfassungen multi- und bilateraler Verträge, Konventionen, Protokolle und Abkommen über Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie Listen der Signatarmächte und Staaten.

Anhang B, „Internationale Organisationen und zwischenstaatliche Institutionen“, beschreibt die größten internationalen Organisationen, zwischenstaatlichen Institutionen, Vertragsimplementierungsbehörden und Exportkontrollsysteme, die alle Sicherheit, Stabilität, Frieden oder Rüstungskontrolle fördern und listet ihre Mitglieder vom 1. Januar 2008 auf.

Anhang C, „Chronologie 2007“, führt die bedeutenden Ereignisse 2007 in Bezug auf Rüstung, Abrüstung und internationaler Sicherheit auf.

Verträge, die am 1. Januar 2008 in Kraft waren

- 1925 Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen und ähnlichen Gasen und von bakteriologischen Mitteln im Krieg (Genfer Protokoll)
- 1948 Vertrag über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und über kollektive Selbstverteidigung westeuropäischer Staaten (Brüsseler Vertrag)
- 1948 Konvention über die Verhinderung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes (Genozid Konvention)
- 1949 Genfer Abkommen (IV) über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten
- 1954 Protokolle zum Brüsseler Vertrag von 1948 (Pariser Abkommen über die Westeuropäische Union)
- 1959 Antarktis Vertrag
- 1963 Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Partieller TestsTop-Vertrag)
- 1967 Vertrag über die Grundsätze der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraum-Vertrag)
- 1967 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco)
- 1968 Vertrag zur Nichtverbreitung atomarer Waffen / Atomwaffensperrvertrag (Non-proliferation Treaty, NPT)
- 1971 Vertrag zum Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund (Meeresboden-Vertrag)
- 1972 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie deren Vernichtung (Bio- und Toxin-Waffen-Übereinkommen, BTWC)
- 1974 Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (Testschwellen-Vertrag, TTBT)
- 1976 Vertrag über unterirdische Kernexplosionen für friedliche Zwecke (PNET-Vertrag)
- 1977 Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung

- umweltverändernder Technologien (ENMOD-Konvention)
- 1977 Zusatzprotokoll I und II zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz der Opfer internationaler respektive nicht-internationaler bewaffneter Konflikte
- 1980 Konvention zum physischen Schutz von Nuklearmaterial
- 1981 Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW-Konvention oder Konvention über „inhumane Waffen“)
- 1985 Vertrag über die nuklearfreie Zone Südpazifik (Vertrag von Rarotonga)
- 1987 Vertrag über die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag)
- 1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)
- 1991 Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Angriffswaffen (START I Vertrag)
- 1992 Vertrag über den Offenen Himmel (engl.: Open Skies Treaty)
- 1992 Die Abschließende Akte der Verhandlungen über Personalstärken der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-IA Abkommen)
- 1993 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und deren Vernichtung (C-Waffen Konvention)
- 1995 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Südostasien (Vertrag von Bangkok)
- 1996 Abkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Abkommen von Florenz; nun gültig für Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien)
- 1997 Interamerikanisches Übereinkommen gegen die unerlaubte Herstellung von und den Handel mit Schusswaffen, Munition, Sprengstoff und ähnlichem Material
- 1997 Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, Lagerung, Herstellung und Weitergabe von Anti-Personenminen und über deren Vernichtung (Ottawa-Konvention)
- 1999 Interamerikanisches Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen
- 1999 Wiener Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
- 2002 Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (SORT)
- Verträge die am 1. Januar 2008 außer Kraft waren**
- 1972 Vertrag zur Begrenzung von Systemen zur Abwehr von ballistischen Raketen (Anti-Raketenabwehr-Vertrag / ABM-Vertrag): seit 13. Juni 2002 nicht mehr in Kraft
- 1993 Vertrag über die weitere Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START II Vertrag)
- 1996 Vertrag über eine afrikanische kernwaffenfreie Zone (Vertrag von Pelindaba)
- 1996 Vertrag über umfassende AtomtestsTops (CTBT)
- 1999 Abkommen über die Annahme des Vertrags von 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa
- 2006 ECOWAS Übereinkommen über Kleinwaffen, leichte Waffen, ihre Munition und ähnliches Material
- 2006 Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone in Zentralasien (Vertrag von Semei)

So können Sie bestellen

SIPRI Yearbook 2008: Armaments, Disarmament and International Security
Hrsg. von Oxford University Press, Juli 2008 im Auftrag des Internationalen
Stockholmer Friedensforschungsinstituts

ISBN 978-0-19-954895-8

Gebundene Ausgabe, 610 Seiten, Preis £85/\$150

Online Bestellungen, OUP UK <<http://www.oup.co.uk/>>;
OUP USA <<http://www.oup.com/us/>>

Telefonbestellungen, OUP UK: +44 1536-741 017;
OUP USA: +1 800-451 7556

Faxbestellungen, OUP UK: +44 1536-454 518;
OUP USA: +1 919-677 1303

Email-Bestellungen, OUP UK: book.orders@oup.co.uk;
OUP USA: customers@oup-usa.org

Weitere Informationen finden Sie unter: <<http://yearbook2008.sipri.org/>>

Übersetzungen des SIPRI Jahrbuchs 2008 werden in folgenden Sprachen erscheinen

- Auf Arabisch vom ‚Centre for Arab Unity Studies‘ (CAUS), Beirut, <<http://www.caus.org.lb/>>
- Auf Chinesisch vom ‚China Arms Control and Disarmament Association‘ (CACDA), Peking, <http://www.cacda.org.cn/>
- Auf Russisch vom ‚Institute of World Economy and International Relations‘ (IMEMO), Moskau, <<http://www.imemo.ru/>>
- Auf Ukrainisch vom ‚Ukrainian Centre for Economic and Political Studies‘ (UCEPS, the Razumkov Centre), Kiew, <http://www.uceps.org/>

Für weitere Informationen kontaktieren Sie diese Organisationen.

Kontakt für weitere Informationen über SIPRI

sipri

Stockholm International
Peace Research Institute
Signalistgatan 9
SE-169 70 Solna
Schweden
Telefon: +46 8 655 97 00
Fax: +46 8 655 97 33
Email: sipri@sipri.org
URL: <http://www.sipri.org>



Institut für Friedenspädagogik
Tübingen e.V.

Institut für Friedenspädagogik
Tübingen e.V.
Corrensstr. 12
D-72076 Tübingen
Deutschland

SIPRI YEARBOOK 2008

ARMAMENTS, DISARMAMENT AND INTERNATIONAL SECURITY

Das SIPRI Jahrbuch gibt eine Übersicht über Daten und Analysen in den Bereichen

- **Sicherheit und Konflikte**
- **Militärausgaben und Rüstung**
- **Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung**

Diese Broschüre fasst die 39. Ausgabe des Jahrbuchs zusammen. Diese beinhaltet Studien über

- den Human-Security-Ansatz im Kontext direkter und struktureller Gewalt
- die Berücksichtigung des Genderaspekts bei der Reform des Sicherheitssektors in Nachkriegssituationen
- US Raketenabwehrprogramme
- Nukleare Forensik
- Internationale Gesundheitspolitik und die globale Überwachung der Vogelgrippe

und über Entwicklungen 2007 in folgenden Bereichen

- Euro-Atlantische Sicherheitsinstitutionen und Sicherheitsbeziehungen
- Bewaffnete Konflikte
- Friedensmissionen
- Militärausgaben
- Rüstungsproduktion
- Internationale Rüstungstransfers
- Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Weltweite Nuklearmächte und Bestände von spaltbarem Material
- Reduzierung der Sicherheitsbedrohungen durch chemische und biologische Waffen
- Konventionelle Rüstungskontrolle
- Kontrolle sicherheitsrelevanter Exporte

Das SIPRI Jahrbuch hat auch umfangreiche Anhänge über Rüstungskontrolle und Abrüstungsabkommen, internationale Organisationen und zwischenstaatliche Institutionen und eine Zeittafel mit Ereignissen 2007 im Bereich Sicherheit und Rüstungskontrolle.



Institut für Friedenspädagogik
Tübingen e.V.

sipri